

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 06.02.2019

## BLGS fordert Ausbau der Studienkapazitäten für Pflegelehrkräfte

Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist längst nicht mehr auf Pflege- und andere Heilberufe beschränkt, sondern trifft zunehmend auch die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer in der gesundheitsberuflichen Bildung. Viele Ausbildungsstätten leiden unter dem anhaltenden Mangel und können ihre Stellen kaum noch mit qualifiziertem Personal besetzen.

So ergab eine Kleine Anfrage im Hessischen Landtag bereits 2017 einen Anteil an offenen Stellen für hauptamtliche Lehrkräfte an Krankenpflegeschulen von 51%. In den Altenpflegeschulen waren es 21% (Zahlen bezogen auf das Vorjahr 2016 auf Basis des Hessischen Pflegemonitors). 95% der Krankenpflegeschulen und 66% der Altenpflegeschulen haben generell mit Stellenbesetzungsproblemen zu kämpfen. Zusätzlich werden nach Auskunft der hessischen Aufsichts- und Prüfungsbehörde in den kommenden fünf Jahren ca. 40% der Lehrkräfte altersbedingt aus dem Beruf ausscheiden.

Zugleich soll gemäß der Zielvereinbarungen der Konzertierten Aktion Pflege die Zahl der Auszubildenden bis 2023 bundesweit um mindestens zehn Prozent steigen. Einzelne Bundesländer streben deutlichere Erhöhungen ihrer Ausbildungskapazitäten an wie bspw. Sachsen-Anhalt mit mehr als 25%.

„Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe macht seit Jahren auf die sich zuspitzende Situation aufmerksam und fordert einen massiven Ausbau pädagogischer Studiengänge auf Masterniveau an staatlichen Hochschulen. Allerdings haben die Länder die hierfür dringend notwendigen Investitionen bislang weitgehend verweigert.“, so BLGS-Bundesvorsitzender Carsten Drude in Berlin.

Um das Pflegebildungssystem vor dem Kollaps zu bewahren, werden stattdessen die Standards gesenkt. Entsprechende Maßnahmen sind die Vergrößerung von Klassen wie z.B. in Hessen sowie die Einstellung minderqualifizierter Lehrkräfte. So sind nun in Nordrhein-Westfalen seit Januar 2019 auch Bachelorabsolventinnen und -absolventen als hauptamtliche Lehrkräfte zugelassen. BLGS-Landesvorsitzender Thomas Kutschke warnt in diesem Zusammenhang vor einer Deprofessionalisierung der Lehrkräfte und einer schleichenden Verschlechterung der Ausbildungsqualität: „Diese sogenannte ‚Angepasste Zulassungspraxis‘ sollte auf eine Übergangsfrist von maximal fünf Jahren begrenzt werden, in denen ein (pflege-)pädagogischer Masterabschluss zu erwerben ist.“

Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. vertritt die Interessen der Lehrenden und der Bildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er ist Ansprechpartner in allen Bildungsangelegenheiten der Gesundheits- und Sozialberufe im Bereich der theoretischen und der praktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der BLGS engagiert sich in fachlichen, pädagogisch-didaktischen Feldern, in der Mitgestaltung bildungspolitischer Prozesse sowie in der Bildungsentwicklung und im Bildungsmanagement. Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR) und Trägerverband des Deutschen Bildungsrats für Pflegeberufe (DBR).

Alt-Moabit 91  
10559 Berlin  
Telefon: 0 30 / 39 40 53 80  
Email: [info@blgsev.de](mailto:info@blgsev.de)  
Web: [www.blgsev.de](http://www.blgsev.de)



Vorsitzender: Carsten Drude  
Amtsgericht Charlottenburg VR 31906 B  
Bank im Bistum Essen  
IBAN: DE27360602950030381017  
BIC: GENODED1BBE